

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts, Zustellungsgebühr, Einzelnummer 15 Pf., Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Coale-Zeitung eingetragen. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellsangabe, Coale-Zeitung gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1143, der Zeugs-Abt. Nr. 1133, Postfach-Rente Leipzig Nr. 4009.

Coale-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

werden 6. Spalten, 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. In unseren Anzeigennummern in allen Anzeigennummern angenommen. Redaktionen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigenannahmezeit vom 11 Uhr, für die Sonntags-Br. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstag: 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts- u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 330.

Halle, Donnerstag, den 17. Juli.

1919.

Die Ehe in der Verfassung.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 17. Juli. 59. Sitzung. Am Regierungstisch: Dr. Frey, Giesberts, Schulz, Meyer. Präsident Frey eröffnet die Sitzung nach 9 1/2 Uhr damit, daß er auf die Geschäftsordnung Bestimmung hinweist, daß das Referat hinsichtlich abgelehnter Reden nur denjenigen Mitgliedern gestattet ist, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. (Heiterkeit.) Die freie Rede werde zur Bekräftigung der Verhandlungen beitragen. (Heiterkeit.)

Die Beratung des Verfassungsentwurfs

wird mit der Abstimmung über die Artikel 118/119 fortgesetzt. In Bezug auf die Ehe wird nach dem Antrag der Demokratischen Partei beschlossen: Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung. Die Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. (Die Vortage sagte über die Mutterhaftigkeit nichts.)

In Bezug auf die unehelichen Kinder wird der Antrag der Unabhängigen, wonach

das uneheliche Kind den Namen des Vaters

tragen soll, abgelehnt, dagegen der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden, durch Ausschluß mit 138 gegen 138 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten Frau Zschagz und Genossen, wonach die unehelichen Kinder ein Recht auf den Namen des Vaters haben und den ehelichen Kindern rechtlich gleichstellen sollen, wird in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag derselben Abgeordneten, wonach das uneheliche Kind das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter wie die ehelichen Kinder hat, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen der Antrag der Demokraten:

Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Bestimmung über die Förderung der Familie in folgender Fassung angenommen: Die Gesundheit und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kindevollständige Familien haben Anspruch auf ausreichende Fürsorge.

Ferner wird die vom Ausschuß beantragte Entschließung angenommen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in dem beschlossenen Sinne neu regelt. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Artikel 120 bestimmt: Die

Jugend ist gegen Ausbeutung

sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Vernachlässigung zu schützen. Nach kurzer Debatte wird Artikel 120 mit Änderungen nach einem Antrage von Frau Agnes und Genossen (l. S.), daß Staat und Gemeinden nicht die Länder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen.

Artikel 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und Befonderer Erlaubnis freiwillig und unentgeltlich zu verheiraten, nur Verlobungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwartenden Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht werden. Ein Antrag Frau Agnes und Genossen (l. S.) beantragt, den letzten Satz zu streichen.

Reichskommissar Dr. Frey: Man soll bedenken, wie alle Befugnisse, so können auch politische Rechte mißbraucht werden. Eine Gefahr für die politische Freiheit entsteht nicht, wenn die Beschränkung des Versammlungswortes angenommen würde.

Die Fassung des Ausschusses wird angenommen.

Änderung des Gesetzes über die Vermögensabgabe.

WTB. Weimar, 17. Juli. (Drucknachricht.) Das Gesetz über die Vermögensabgabe ist in der jetzt veröffentlichten Form nach feineswegs abgesehen. Es wird am kommenden Freitag erst nach vom Staatsrat geprüft werden, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Vertreter der Länder das Gesetz in der ursprünglichen Fassung an die Nationalversammlung weitergeben.

Ein hinausgeschobener Generalstreik.

WTB. Weimar, 17. Juli. Der für heute morgen angekündigte Beginn des Generalstreiks in Weiswald ist hinausgeschoben worden, weil vom Oberpräsidenten in Stettin Maßnahmen ergriffen worden sind, welche die Aufhebung des Belagerungszustandes im Auge haben. Vom Oberpräsidenten in Stettin wird mitgeteilt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes im Stadtkreis Greifswald, im Landkreis Greifswald, im Landkreis Stettin und auf der Insel Rügen binnen 24 Stunden angeordnet wird. Infolgedessen hat sich die Arbeiterschaft wieder beruhigt. In Steglitz wird der

Arbeitsstreik der Bürgerwehr sehr scharf kritisiert. Telefongespräche mit Straßend und Telegramme können nicht durchgeführt werden, da nur militärische Gespräche mit Straßend zugelassen sind. Auch die Postbeamten haben sich dem Ausfall angeschlossen.

Clemenceaus Regierung „viel zu reaktionär“.

Notte rdam, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Anlässlich der letzten Vorträge in der Kammer über die Korrespondenz des „Daily Herald“, ergab sich, daß das Kabinett Clemenceau in Kürze zurücktreten werde. Allgemein ist man der Ansicht, daß die Regierung viel zu reaktionär sei, um Frankreichs Zukunft in der rechten Weise zu leiten. Briand würde ein liberales Kabinett bilden und hätte daher die größten Aussichten auf dem Posten von Clemenceau.

Gericht über eine Ermordung Clemenceaus.

Genf, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In Genf verurteilt ein neues Gericht das unkontrollierbare Gericht, daß Clemenceau ermordet worden ist.

Der Memeler Freihafen.

Haag, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily Mail“ erklärt, daß das von Deutschland abgetretene Memeler Gebiet zum Freihafen erklärt werden wird. Zahlreiche englische Großhandelshäuser haben große Bedenken erhoben zur Übernahme von Handelsniederlassungen.

Ein englischer Milliardenkredit für Deutschland?

Notte rdam, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Zuverlässig verlautet, daß England beabsichtigt, Deutschland für Barreineinfüsse für die ersten sechs Monate einen Milliardenkredit zu gewähren. Man nennt die Summe von 1 bis 2 Milliarden Schilling.

Weitere Kontrollkommissionen für Deutschland.

Haag, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Die Alliierten beschließen, in Deutschland im Interesse der Ein- und Ausfuhr Kontrollkommissionen einzusetzen zur Sicherung der Anspülung an Deutschland.

Eisenbahnstreik in England.

Notte rdam, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Unter dem Eindruck der Nord-Güter-Konflikte ist ein Streik ausgedroht. Die Eisenbahnen im Norden Englands stehen vollständig still. In New Castle sind Verhandlungen zur Beilegung des Streiks eingeleitet worden.

Streik im New Yorker Hafen.

Amerdam, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) 400 Schiffe liegen, wie das Pressebüro meldet, im New Yorker Hafen still. Etwa 15 000 Mann sind im Ausstand. Die Stewards und Matrosen wollen sich den Auszubehrigten anschließen.

Die Verantwortlichkeit für den Krieg.

Paris, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kommission für die Verantwortlichkeit für den Krieg trat heute, Donnerstag, zu einer Sitzung zusammen, in der voranschlägt auch die Antwort auf die Briefe Bethmann-Hollweg und Hindenburg festgestellt werden wird.

Die Schuld tragen wieder die Unabhängigen.

Stettin, 16. Juli. Der heute ausgebrochene Generalstreik stellt sich als eine Ueberrumpelung der Arbeiter durch die unabhängige Sozialdemokratie dar.

Eine heute nachmittag abgehaltene Versammlung des Aktionsausschusses der Reichsbahnarbeiter, an der Vertreter aller Gewerkschaften teilnahmen, beschloß infolgedessen, daß in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken die Arbeit sofort wieder aufgenommen, im übrigen aber der Streik fortgesetzt werden solle, bis eine auf wahren Arbeiterbasis beruhende Verlagerung des Weiswalds erreicht sei. Die Zeitungswerber haben beschlossen, die Zeitungswörter nicht erscheinen zu lassen. Der Oberpräsident und der Zentralarbeitsrat der Provinz Pommern haben sich telegraphisch an die Ministerien gewandt und um Aufhebung des Belagerungszustandes über Pommern gebeten.

Der Berliner Volksrat gepregnet.

Der Berliner Volksrat ist gestern gepregnet worden. Die Reichsbahnsozialdemokraten und die Demokraten haben beschlossen, aus dem Volksrat auszusteigen und an den Volksversammlungen der K. und S. nicht mehr teilzunehmen. Beide Parteien werden einen neuen Volksrat bilden.

Am Vortage des demokratischen Parteitag.

5 658 618 Stimmen vereinten die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei am ersten Wahltage dieses Jahres, am 19. Januar. 75 Kandidaten entfielen nach dem Verhältniswahlsystem auf die demokratische Partei, die damit die Drittkräfte in der verfassunggebenden Nationalversammlung wurde. Es ist klar, daß es in einer derart großen Partei nicht nur eine einzige, fest umrissene Meinung geben kann. Gerade in einer demokratischen Partei wird es leicht immer mancherlei Meinungen, Ansichten und Strömungen geben, wobei die Hauptfrage bleibt: Der demokratische Gedanke muß gewahrt werden, seine Ideen müssen in praktische Taten umgesetzt werden. Ueber die Wege hierzu kann man verschiedener Meinung sein, aber die Idee an sich sollte Uebereinstimmung bestehen oder doch geschaffen werden, denn dazu ist der Parteitag da.

Andere große Parteien sind mit einer Tagung vorangegangen. Die sozialdemokratische Partei versammelte die Führer ihres Herbermann im Nationaltheater in Weimar, die Deutschnationalen waren vor etwa einer Woche zusammengetreten. Die Deutsche demokratische Partei ist eine neue Organisation. Auf ihrer Tagung finden sich zum ersten Male die ehemaligen Nationalliberalen, Fortschrittler und solche Staatsbürger zusammen, die erst durch die November-Ereignisse zu einem lebhafteren Interesse gekommen sind. Wir wollen hoffen — und das ist unser erster Wunsch für den Parteitag — daß man nicht auch auf dieser Tagung wieder Unterdrückte macht. Es steht immer parteipolitisch kleinlich aus, wenn man z. B. bei allen Wahlen sorgfältig darauf achtet, daß nur ja auch beide Teile, Nationalliberalen und Fortschrittler, die gleiche Berücksichtigung erfahren. Wollte man dieses Verfahren fortsetzen, käme man nie zu einer einzigen und geschlossenen Partei. Es kommt heute nicht mehr darauf an, was dieses oder jenes Mitglied parteipolitisch vor dem 9. November 1918 war, sondern lediglich darauf, daß er heute überzeugter Demokrat ist.

Die Schwere der Zeit wird auch auf dieser Tagung lasten. Seit dem Bestehen der jungen Partei hat sich eine Fülle von Ereignissen abgespielt, denen schon im einzelnen große Bedeutung zukommt. Ueber die Art und Weise der Erledigung der hinter uns liegenden Streitfragen werden die verschiedensten Ansichten und Meinungen ausgetauscht. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß es zu lebhaften Auseinandersetzungen hierüber kommen wird. Und das ist gut! Diese Auseinandersetzungen werden nur ein Spiegelbild der Summe von Kräften sein, die zum Nutzen der Allgemeinheit nach Macht und Einfluß der demokratischen Idee drängen. Der zweite Wunsch für den Parteitag möge nun der sein, daß alle erforderlichen Auseinandersetzungen sich in Formen vollziehen, die niemals auch nur im leisesten verfehlen lassen, daß wir die demokratische Partei und die sind. Das gilt mehr noch für den Blick nach vorwärts, den Blick in die Zukunft. Bei aller Wichtigkeit der hinter uns liegenden Entwicklung, wichtiger noch sind die Fragen und Probleme der Zukunft, deren Lösung die nächsten Monate bringen sollen. Bei alledem sollen Meinungsverschiedenheiten nicht verschleiert werden. Es wäre bedenklich, wenn man etwa auf eine freudige Gegenüberstellung von Ekelworten und sonstigen schönen Worten verfielen würde. Alle Meinungsverschiedenheiten sollen und müssen zum Ausdruck gebracht werden.

Groß sind die organisatorischen Aufgaben, die zu lösen sind. Wir wollen hoffen, daß die junge Demokratie, die bereits am Tage vor dem allgemeinen Parteitage sich zusammenschloß, recht fröhlich in Erledigung tritt. Gerade aus den Kreisen der jungen Demokraten erhoffen wir den Nachwuchs, der wie ein Säugling in der Gesamtpartei wirkt. Nicht minder viel erhoffen und erwarten wir von der demokratischen Frauenbewegung. Von ihr muß ein heiliges Feuer der Begleitung ausgehen und alle die hunderttausende Frauen mitziehen, die bisher immer noch abseits standen. Schwer wird die Aufstellung eines Parteiprogramms sein. Es ist hier schon einmal darauf hingewiesen worden, daß der vorgelegte Entwurf den demokratischen Ansprüchen der neuen Zeit durchaus nicht genügen kann. Vielleicht ist es die beste Lösung, wenn die Einzelheiten des vorliegenden Entwurfs als Richtlinien angesehen werden, die solange Geltung behalten, bis erste Erwähnte das

Demokratisches Programm entworfen haben, das wirklich die Richtung in einer neuen Zeit weist. Nur tun uns auch - Führer, überlegene Männer, die mit fester, fester Hand das Schiff der Demokratie durch die Wellenberge einer stürmischen Entwicklung hindurch führen. Klarheit muß der Parteitag auch bringen über die Stellung der Demokratie zur Regierung.

Die Deutsche demokratische Partei kann und darf jetzt am wenigsten eine grundsätzliche Oppositionspartei sein. Das würde bedeuten, die Sozialdemokratie dem Zentrum aus Gnade oder Langeweile anzuliefern. Nur zu viel hat die Sozialdemokratie schon dem Zentrum in seinen Forderungen und Wünschen nachgegeben.

Uns dann wünschen wir, daß von jetzt ab die Demokratie auch der äußeren Politik mehr Interesse entgegenbringt. Die vorwiegend inneren Parteien haben hier mehr oder minder alle gefehlt.

So lieben sich noch zahlreiche andere Wünsche aufzählen. Die alle wird der Parteitag, der voraussichtlich für alle Delegierte vier arbeitsreiche Tage bringen wird, nicht erfüllen können.

Robert Schmidt gegen Weisell.

Eine Denkschrift gegen die Planwirtschaft. Die von Konrad Haenisch redigierte „Woche“ ist in der Lage in ihrer neuesten Nummer (Nr. 16 vom 19. Juli) aus- schließlich die Ansicht eines Gegenstückes mitzuteilen, die in der Verantwortung der Weisell'schen Denkschrift Robert Schmidt vor längerer Zeit dem Kabinett überreicht hat.

Robert Schmidt hat Weisell entgegen, daß er das Zentralproblem der heutigen Wirtschaft an einer ganz falschen Stelle suche. Er lege den Hauptnachdruck nicht auf die Einwirkung der Wirtschaft auf die Produktion der Industrie, der Kolonialindustrie, Eisenindustrie, Kleinindustrie, Lederindustrie, Holzgewerbe, Zigarette, Zementfabrikation und vor allem die Landwirtschaft sondern noch unbedeutendere Arbeitskräfte anzunehmen und bräuhete nicht auf ausländische Rohstoffe zu warten.

Das einzige Stadttheater. „Stein unter Steinen“. Schauspiel in vier Akten von Hermann Sudermann. Es gibt Dramatiker, denen kritisch schwer beizukommen ist, da sie sich auf das Handwerksmäßige, Bühnengemäße, theatralische Wesen zu gut verstehen, das man allzu leicht übersehen und dazu geneigt gemacht wird, die Seele für den

Zentralproblem unserer Wirtschaft sei der Arbeitsmangel, die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsenergie. Es gelte allgemein eine gewisse Verteilung dieser Arbeitskräfte zu bewerkstelligen. Das ist die Aufgabe, die bisher nicht gelungen sei, für eine neue Begründung der Arbeitskräfte, wie die im Krieg erfolgte.

Die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten würden nicht entfernt ausgenutzt. Robert Schmidt erhebt deshalb förmlich Widerspruch gegen die von Weisell geforderten fünf Milliarden Subvention für die Industrie. Die zweiten Massen würden urteilen, daß nach den übermäßigen Gewinnen der Industrie und der Kriegszeit ihr jetzt das Reichswirtschaftsamt weitere fünf Milliarden in den Rücken werfe, damit sie an ihren Profiten keinen Schaden erleide.

Robert Schmidt's Gegenstück nimmt dann positive Stellung zum Sozialisierungsproblem. Sozialisierung ist die Arbeitsteilung der Produktionsmittel an Produktionsmitteln in gemeinschaftlicher Hand. Das Erfurter Programm spreche weder von Gemeinnützigkeit noch von Sozialisierung; es erziehe nicht die öffentliche Kontrolle privater Betriebe, sondern die Enteignung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln.

Im einzelnen führt Robert Schmidt über die nächsten Schritte zum Sozialismus folgendes aus: „Biel nennt (als mit der Weisell'schen Planwirtschaft) wird man dem Erfurter Programm folgen, wenn man in einigen für einen Monopolcharakter zeichnen Betrieben zu dieser Monopolstellung übergeht. Für das Spiritusmonopol liegt das Gesetz, das noch der Reichstag geschaffen hat, vor.“

Er kann jedoch in Kraft treten, wobei es sich empfehlen würde, vorerst keine Anwendung zu machen, bis ein nachmöglicher Durcharbeiten der Materie sich viel Zeit beansprucht. In enger Verbindung damit müßte ein Petroleummonopol in Angriff genommen werden.

Es ist die höchste Zeit, daß es geschieht, weil hier die Betriebsanlagen im Werte so gefunden sind, daß gegenwärtig die Übernahmen in den Staatsbetrieb die günstigsten Ausichten bietet.

Dem Herrn Ministerpräsidenten wäre es sehr dringend zu raten, dem Reichswirtschaftsministerium den Auftrag zu erteilen, sofort möglichst schnell einen Entwurf über ein Petroleummonopol auszuarbeiten. Nicht minder wichtig ist die Herbeiführung eines Getreidemonopolis. Die gegenwärtigen Einrichtungen in der Reichsgetreidestelle müßten für diese Zwecke nutzbar gemacht werden.

Wenn die Zustimmung des Herrn Ministerpräsidenten zu erlangen ist, wird das Reichsfinanzministerium die Vorarbeiten für einen solchen Gesetzentwurf einleiten, es sei denn, daß die Frage dem Reichsfinanzministerium überantwortet werden soll. Sehr wichtig erscheint ferner die Inangriffnahme eines Tabakmonopolis. Sollte ein Monopol für die Produktion nicht durchgeführt werden, so mindestens für den Vertrieb der Tabakprodukte. Die Kommunalisierung der für die Gemeinden wichtigen gemeinnützigen Betriebe muß durch ein besonderes Gesetz Anreize und Richtung erhalten.“

Diese Beispielsweise gegebene Aufzählung soll, wie die „Woche“ hervorhebt, das Arbeitsgebiet nur abstecken, nicht eingrenzen.

Die Schmidt'sche Gegenstück kreift dann noch die Fragen der Arbeiterrechte, des Reichswirtschaftsrats und die Sicherung des Wirtschaftslebens.

Schwärzunge haben.

Berlin, 18. Juli. Die Deutsche Wtg. Ztg. stellt in einem Artikel gegen Maximilian Harden, der sich in der „Zukunft“ mit der Schuldfrage beschäftigt, fest, daß man in Berlin von der angeblichen Deserte des österreichisch-ungarischen Agenten von Wien am 18. Juli 1914 an das Wiener Auswärtige Amt nichts gewußt habe. In dieser Deserte soll die Wirtschaftlichkeit und die Verlässlichkeit der österreichischen Regierung im Interesse des Gemeinwohls unabweisbar und unabweisbar bezeichnet worden sein. Daran hätte diese Deserte an die Spitze seiner Ausführungen in der „Zukunft“ gestellt, die sich von Deutschlands Mißstand am Anbruch des Krieges sprach und im Auslande großes Aufsehen erregte.

Der Herr Herr Herr hätte diese Ausführungen in seiner Nummer 188 vom 22. Juni wieder gegeben. Nach den Feststellungen der „Deutschen Wtg. Ztg.“ muß angenommen werden, daß die Berliner Regierung von der Wienerischen Deserte, selbst wenn sie echt sein sollte, nichts gewußt hat. Das Blatt behauptet ferner ernstlich, daß wie von Harden behauptet wird, am 6. Juli 1914 in Berlin beschloßen worden sei, die Deserte der österreichischen Regierung im Interesse des Gemeinwohls unabweisbar und unabweisbar bezeichnet worden zu sein. Das Blatt schließt seinen Artikel: Der Kriegsbescheid am 8. Juli ist ein ähnliches sösswolliges Gant-

eignisse vor sich. Der Beller Jarnde hat, wie er selbst es nennt, den Reizungsbescheid, er stellt trotz aller Abien Grschichten immer wieder einlässene Strafgefängnisse ein Strauß ist auch einer von diesen ewig besterndendefähigen. Er ist in vergangener Nacht in das Magazin seines Helfers und Herrn eingebrochen, um aus den Steinlagen die Diamant-Plättchen sich anzueignen. Jarnde hat den Einbruch der Kriminalpolizei gemeldet. Hier sagt das Straf ein. Der alte trunksüchtige Nachwächter hat den Einbruch verschlafen; er muß entlassen werden. Dessen Tochter Dore, die ein Kind von Steinmes Östlingin hat, ist als Antinenninvertr. ange- stellt; sie soll ihren Vater bei sich aufnehmen. Der „Berein zur Befreiung entlassener Strafgefängnisse“ bietet Jarnde wieder einen Entlassenen an, einen Gefängnis, den Steinmes Diebler, der fünf Jahre „Garnat“ erlidigt hat. Diebler wird für Stühls als Nachwächter angeheilt. Inzwischen ihm und Dore, die beiden Steinen unter Steinen, spinnen ihm und Jarnde Fäden an die am Schluß, nachdem der gesalt- tige Östlingin abgehalftert worden ist, sich zum Lebens- bündel knüpfen.

In Bildern der farbiger Abendstunde ziehen die Ereignis vorüber; besonders das Leben und Treiben auf dem Wertplatz und die dramatische Fußspaltung in der Kantine sind vom Dichter mit großer Naturtreue und packender Gehaltstragkraft gezeichnet. Das jämmerliche Los der Entlassenen und für immer Gezeichneten wird in helle Beleuchtung gerückt. Strauß ist jenseits von Gut und Böse gelangt, läßt alle Spitzreden wie über ein Wachsstück an sich abgleiten und tut die Anwürfe mit überlegenem Humor ab; Diebler hingegen droht unter der wuchsenden Last der Beratung zusammenzu- brechen. Die Unterscheidung zwischen Gerechten und Un- gerechten wird beständig mehr gerade von den Arbeitern hart untertrieben, während die bösen Beschleiden, von allem Jarnde, viel mehr menschliches Bestehen und Bestehen befindet, als die Standbesessenen. Die Gefallenen haben Stuß viel mehr von ihresgleichen zu erdulden, als von ihrem Herrn und dem „Kriminal“.

Das Sudermann die Vorfälle in seiner Weise interessant aufziehen würde, hatte man vorausgesetzt. So muß Jarnde den Einbruch anzeigen, obwohl ihm nach algerem Eingangs- händeln der Täter bekannt war, und hinterher wendet er alle Mittel an, um vor dem Zugriff der Polizei zu schützen; ja, er stellt den zehnjährigen Kommisar direkt bloß, indem er den Liebhaber zum Wächter des Magazins er- nennt und ihm in Gegenwart des Kriminalisten den Schlüssel

hineibt, wie die jetzt aufgebende Legende vom Kronrat des Kaiserlichen Reichs. Es ist aber auch hier wieder bei diesen Behauptungen zu bedenken, daß für diese beschuldigten Ver- tigungen des Vorkamers Kronrats keine beweiskräftigen Atten- stücke vorliegen kann, wird er als glaubwürdiger Kronzeuge für die gute Sache der Entente nicht betrachtet werden können. Eine gewisse Sinn für Objektivität und Sachlichkeit kann man jedoch bei den neuerdings dramatischen Verhandlungen von Kriegsenausdruck nicht würdigen. Derselbe Artikel, die man an deutschen Veröffentlichungen hat, muß man auch gegen feindliche richten.

Der „Schwerpunkt im Friedensvertrage“.

WTB. Amsterdam, 17. Juli. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ hat der amerikanische Senat eine Ent- scheidung angenommen, in der Wilson um Aufklärung er- sucht wird über die Verhandlungen, die Lodge und andere Senatoren letzten Jahres zwischen Deutschland und Japan geführt haben sollen. Ein Teil der Senatoren betrachtet jetzt die Schantungfrage als den Schlüs- selpunkt im Friedensvertrag. Der Senat hat vorgeschrien über diese Frage verhandelt.

Unsere Schmach entwickelt sich!

Die Ententesanktionsmissionen für Deutschland nehmen am 15. August ihre Tätigkeit in Deutschland auf. In Berlin sind allein von Frankreich große Räumlichkeiten für fünf Kom- missionen gemietet, deren Bezug am 15. August erfolgen soll, und von denen eine Wille im Biergartenviertel für die fran- zösische Militärmission bestimmt ist.

Ratifikationsfest bis September verlängert.

Eine Hausbesprechung meldet: Die Militären haben die Frist zur Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland in den Parlamenten der alliierten Staaten bis zum 1. Sept. verlängert. Acht Tage nach der letzten Ratifikation werden die alliierten Truppen diejenigen deutschen Gebiete besetzen, in denen die Volksdiktatur in Frage über die Staats- rechtliche Zugehörigkeit entscheiden sollen.

Republik Birkenfeld.

Bln, 17. Juli. Im Fürstentum Birkenfeld ist die Trennung von Oldenburg durch Aussetzung einer selbstständigen Republik mit eigener Verfassung im Rahmen des Deutschen Reiches vollzogen worden. Der neugebildete Landesparlament, bestehend aus 50 Mitgliedern, 20 Deputierten und 30 Bauernhülfern sowie 5 Gen- teilsmitgliedern, wird am heutigen Donnerstag die Regie- rungsgeschäfte bestimmen.

Deutschensperre in England.

London, 16. Juli. (Reuters.) Forster teilte mit, daß die Zensur für Kabellgramme am 23. Juli um Mitternacht aufgehört wird. Die Kommission zur Prüfung des Geset- zentwurfs betreffend Ausländer fügte eine Bestimmung ein, durch die den Angehörigen frühestens feindlicher Staaten die Benutzung der Posten in England während 2 Jahren nach Ausbruch des Krieges verboten wird, außer mit Erlaub- nis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus berechtigter Gründen erteilt wird.

Pensionierung von Beamten.

Berlin, 17. Juli. Laut „Bormärts“ stimmte der Staatsauschuß in Weimar einem Gesetze zu, wonach die Pensionen von Beamten, die mit der gegenwärtigen Hal- tung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort den Abschluß mit Pen- sionen erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst ge- standen haben.

Beste Unterhaltung.

In dieser ersten Zeit bietet im eigenen Heim ein Trichterlosos Gramophon mit seiner naturgetreuen Wiedergabe von Musik und Gesang sowie Vortrag jeder Art. Keine abtenden Nebengeräusche wie beim Trichterapparat. Gehäuse geschmackvoll für jede Einrichtung passend in größter Auswahl bei äußerststen Preisen. Halle, 73544

Gustav Uhlig, Uhren und Musikwerke. Untere Leipziger Str.

sel zum Magazin übergibt. Auch an falscher Nahrung und gemachter Rabulität leidet der Dichter wieder. Erleidet. Man begriff nicht, warum Dore der Marie, der Tochter Jarnde's gegenüber mit Wehtanen zusammenbricht und sich in Ausweilen holt: „Mein Gott, mein Gott, mein Gott!“ er- geht man nicht, warum das junge, lebensvolle Ding sich vermählt hat. Insofern ist es auch, daß sie inmitten freier, tätiger Männer gerade zu dem düsteren Diebler sich hingezogen fühlt. Diebler ist, nachdem er für einen Aufschlag fünf Jahre abgemacht hat, ein Moralphilosoph geworden. Er, der bei erprobtem Gebrauch den Ehehären niedergebunden hat, will dem Östling ein gleiches Schicksal bereiten, wenn er die Dore nicht „erlöst“, sie nicht heiratet. Dieser Morale! Dabei ist er selber in sie verliebt! Nebenher ergeht er sich in süßlichen Sehnüßsauss- brüchen nach seinem Handverleiher als Steinmes und schrei- bet in finstlicher Tönen auf mit Erfolgen aus früherer Zeit. Das und manches andere ist unendlich sentimental, unheimlich, gemacht. Solche Gefühlswelt hindert den be- gabten Dramatiker, der Sudermann offenbar ist, immer wieder in die Tiefe zu dringen und Beges aufzufinden. Die Darstellung verdient alles Lob. Spieltheater Eugen Teufcher hatte für ganz Sondersüder, packende Rollen- verteilung und flottes Aufnahmepiel gesorgt; die Dar- stellungsgemeinde war besonders gelungen. Den Steinmesmeister Jarnde gab Alfred Böke mit all der Gerzgenwärme und schädeln Menschlichkeit, die diese Figur auszeichnet; nur in der Scene mit der unglücklichen Tochter, als diese ihr „Schweigmad“ aufschloß, hätte er weniger sein können. Vortreffliche Cha- rakterzüge gestalteten Eugen Teufcher als alter Schwäher Östling, Adolf Rebbach als brutaler Kraftmeier und Schützengänger Östlingin, Walbert Krivat als Kriminal- kommissar, und vor allem Will Schür als unbedeutlicher Einbruchbeschwörer und ergötlicher Bildhauer. Dem verelen- beten, alles Schenkensmütigen bräutchen und endlich wieder zu neuer Daseinsweise erwachender Diebler mußte Hermann Webling trotz des vom Dichter gewollten falschen Auf- juges seine Empfindung zu verlieren. Ergötztend wahr Marie Irma Grava in die Rolle der hübschlichen Liebenden Maria Dore. Gebwig Jones fand sich mit der Rolle der Dore im Sinne des Dichters mit gutem Geilgen ab. Die Wirtschaftlerin Dohmer wurde von Dora Böke mit bester Charakterisierung gegeben. Auch die übrigen Spieler fügten sich dem Gesamtspiel gut ein, so daß der ganze Weillan nochherbernt war. Raffau.

